

Stellungnahme

Anti-Terror-Paket ist schwerwiegender Grundrechtseingriff

Mit gutem Grund verbietet unsere Verfassung in der Regel eine Haft für Taten, die man noch nicht begangen hat, sondern von denen andere glauben, dass man sie möglicherweise begehen könnte. Für bereits begangene Delikte sind vom Rechtsstaat klare Strafrahmen vorgesehen.

Eine Ausnahme stellt der Maßnahmenvollzug dar: Täter*innen mit psychischer Erkrankung können derzeit auf Basis eines psychiatrischen Gutachtens für unbegrenzte Dauer vorsorglich inhaftiert werden. Ziel ist es, mögliche weitere strafbare Handlungen zu verhindern.

Die Praxis des österreichischen Maßnahmenvollzugs wurde vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte schon mehrmals als menschenrechtswidrig gerügt. Seit 2015 liegt ein Gesetzesentwurf für eine längst überfällige Reform vor. Die Umsetzung scheiterte bisher an der Finanzierung.

Das geplante Anti-Terror-Gesetzespaket sieht nun vor, dass auch verurteilte Terrorist*innen nach Abbüßung ihrer Strafe weiter im Maßnahmenvollzug angehalten werden können. Wiederum auf Basis einer Einschätzung. „*Welcher Psychiater oder Deradikalisierungsexperte traut sich, eine Prognose abzugeben, wonach ein verurteilter Terrorist nicht wieder straffällig wird?*“ gibt Markus Drechsler, Sprecher der Plattform Maßnahmenvollzug und Obmann der Selbst- und Interessensvertretung zum Maßnahmenvollzug (SiM) zu bedenken. Betroffene blieben ein Leben lang weggesperrt in einem System, das jetzt schon bei Resozialisierungs- und Therapieangeboten weitgehend versagt und bei einer derzeitigen Auslastung von 130 (!) Prozent liegt.

Daher warnen wir vor jeder Art von übereilter Anlassgesetzgebung. Ein desolates System ist keine gute Lösung für eine komplexen Thematik. Wir fordern außerdem alle Verantwortlichen auf, Terrorist*innen nicht mit Menschen mit psychischen Erkrankungen gleichzusetzen und die Reform des Maßnahmenvollzug zügig umzusetzen!

Plattform Maßnahmenvollzug

www.plattform-mnvz.at | buero@plattform-mnvz.at

Mitglieder der Plattform:

Behindertenanwalt | Österreichischer Behindertenrat | BIZEPS – Zentrum für Selbstbestimmtes Leben | Exit Sozial | Evangelische Kirche in Österreich | Verein Freiräume | HPE - Hilfe für Angehörige psychisch Erkrankter | ifs Patientenanwaltschaft | LOK Leben ohne Krankenhaus | Ludwig-Boltzmann-Institut Grund- und Menschenrechte | pro mente plus | SiM - Selbst- und Interessensvertretung zum Maßnahmenvollzug | Vertretungsnetz | ZeSa – Zentrum für Soziale Arbeit & Soziale Dienstleistungen